

## Die Handhabung der Strafprozeßordnung in Österreich.

Von Prof. Dr. P. v. Stebelski in Lemberg.

### I.

Der moderne Rechtsstaat sieht es als eine notwendige Forderung an, daß alle wichtigern Funktionen des Staatslebens öffentlich und unter Kontrolle der Gesamtheit, der doch an dem zweckmäßigen Funktionieren aller berufenen Faktoren gelegen ist, sich vollziehen. Dieses den Strafprozeß beherrschende Prinzip mußte naturgemäß zur Folge haben, daß auch diese Funktion des staatlichen Lebens, die tief in die Interessen sowohl der Gesamtheit, als auch ihrer einzelnen Mitglieder eingreift, einer gerechten und begründeten, manchmal aber einer einseitigen und tendenziösen Kritik seitens dieser Gesamtheit unterliegt, welche in Wahrung ihrer Gesamtinteressen nicht zulassen kann und auch nicht zulassen will, daß ihre wohl erworbenen Rechte irgendwie verflürzt werden. Eine gesicherte Rechtsordnung bildet doch eine der wichtigsten Grundlagen einer gedeihlichen Entwicklung des Staatslebens auf sämtlichen Gebieten des positiven Staatswesens.

Der reformierte Strafprozeß sieht in dem Publizitätsprinzip eine der wesentlichsten Bedingungen, die eine bewußte und zweckmäßige Strafrechtspflege garantieren und sanktioniert sowohl aus rechtlichen, als auch aus rechtspolitischen Gründen die Öffentlichkeit des Strafverfahrens. Hierin liegt auch der Grund, warum die Strafrechtspflege in einem wohlorganisierten Gemeinwesen bald zu einem auch für den Laien zugänglichen Gebiet wird, das auch die weitem Kreise einbezieht, welche die Thätigkeit der am Prozesse teilnehmenden Faktoren vom Standpunkte ihrer Interessen zu be-

urteilen pflegen. Diese Kritik bildet, wenn sie maßvoll und objektiv ist, zweifellos ein erfreuliches Symptom, welches der Intelligenz und dem Rechtsbewußtsein der Gesamtheit ein vorteilhaftes Zeugnis ausstellt; ist sie jedoch tendenziös oder parteiisch, dann untergräbt sie das Ansehen der mit der Ausübung der richterlichen Macht betrauten Organe und stellt sich als eine Verletzung der Gerechtigkeitsidee dar.

In Oesterreich haben wir in letzter Zeit manche Kundgebungen der öffentlichen Meinung zu verzeichnen, welche die Thätigkeit der zur Ausübung der Strafrechtspflege berufenen Organe einer scharfen und negativen Kritik unterziehen. Veranlassung dazu gaben einige unlängst vorgekommenen sensationellen Straffälle, die später in der Presse verschieden kommentiert und glossiert wurden. Diese sporadischen Fälle reichten aus, um weitgehende, generalisierende, den ganzen Richterstand betreffende Schlußfolgerungen zu ziehen.

In erster Reihe waren es die Leiter der Strafverhandlungen, gegen welche ein förmlicher Kreuzzug gepredigt wurde. Die einen meinen, die Vorsitzenden haben ihrer Aufgabe nicht entsprochen und walteten nicht ihres verantwortungsvollen Amtes mit aller Gewissenhaftigkeit, vielmehr bevorzugten sie die Staatsanwälte auf Kosten der Verteidiger und seien nicht in der Lage, weder jenes Maß, noch jene Objektivität zu wahren, die angesichts der Mitwirkung der verschiedene kollidierende Interessen vertretenden Faktoren eingehalten werden sollte. Andre sind wieder der Ansicht, daß die öffentlichen Ankläger sich in ihrem Verhältnisse zu den Verteidigern durch einen offenen Antagonismus und eine Animosität leiten lassen; die Untersuchungsrichter wären zu wenig selbständig und werden durch die Staatsanwälte beeinflusst, die ihre Stellung auf Kosten der berechtigten Interessen der Beschuldigten zu mißbrauchen suchen. Überhaupt wurden seitens beinahe sämtlicher Blätter heftige Angriffe gegen die Richter gemacht und ihnen zur Last gelegt, daß sowohl die Angeklagten, als auch die Verteidiger von ihnen hart, mitunter sogar grausam behandelt würden.

Und als schließlich aus Anlaß der sich häufenden Freisprüche der Geschwornen von der Tribüne des öffentlichen Anklägers Worte der Entrüstung gefallen sind und der Vorsitzende öffentlich die Geschwornen gerügt und ihnen Parteilichkeit vorwarf, legte die öffentliche Meinung dagegen einstimmig ihr feierliches Veto ein, wobei sie den Ausdruck ihrer Empörung darüber nicht unterdrücken konnte,

daß die Heiligkeit und die Unverletzlichkeit der freien richterlichen Überzeugung angegriffen wurde. In diesen wiewohl vereinzelt Rundgebungen hat man reaktionäre Strebungen erblickt, infolgedessen über den ganzen Richterstand ein abfälliges Urteil deshalb gefällt wurde, weil er jeder autonomen Idee feindlich gesinnt schien.

Diese Rundgebungen fanden einen weitgehenden Nachklang. In der öffentlichen Meinung wurden sie beifällig aufgenommen und man sollte ihnen rücksichtslos Anerkennung; aber auch an maßgebender Stelle wurden sie nicht mit Stillschweigen übergangen. Zum Beweise dessen dient der oft citierte Erlaß des Justizministers Grafen Schönborn vom 3. November 1892, welchen derselbe anlässlich einer im Reichsrate eingebrachten Interpellation an die untergeordneten Gerichte kundmachte. Dieser Erlaß unsrer Justizverwaltung<sup>1)</sup> hat bei sämtlichen Organen der öffentlichen Meinung eine einhellige Zustimmung gefunden, erweckte aber in den unmittelbar dadurch getroffenen Kreisen Unzufriedenheit, ja selbst Mißbilligung.

Die Worte des Ministers, von denen behauptet wird, daß sie unter dem Drängen der Tagespresse ergangen sind, haben in den unmittelbar beteiligten Kreisen einen gewissen Miston hervorgerufen. Der österreichische Richterstand erblickte darin den Ausdruck einer ungerechten Kritik seiner Thätigkeit und glaubte, daß ihm durch diesen Erlaß ein bitteres Unrecht zugefügt worden ist. Wenn die Strafrechtspflege in mancher Richtung nicht die erwünschten Erfolge aufweist, so tragen die Schuld daran ganz andre Faktoren. Der Richterstand in seiner Gesamtheit ist von der größten Gewissenhaftigkeit erfüllt und trachtet seines ehrenvollen Amtes nach bestem Wissen und Können zu walten. Die Leiter der Verhandlungen halten sich genau an die durch das Gesetz gezogenen Grenzen und verdienen den ihnen vom Justizminister gemachten Vorwurf keineswegs. Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung, welche die Stellung des Vorsitzenden der Strafverhandlungen normieren, machen ihn nicht nur zum Leiter der Hauptverhandlung, sondern auch zum Exofficio-Betreiber der Prozeßparteien. Diese beiden Funktionen sind zu verschiedenartig und mußten naturgemäß einige unabwendbare Kollisionen hervorrufen. Die beklagten Erscheinungen finden daher ihre Ursache nicht in den Personen, sondern in den einschlägigen

<sup>1)</sup> Er ist mitgeteilt oben S. 177.

Bestimmungen unsres Strafprozeßrechtes. Überdies tragen noch zwei Faktoren Schuld an den Übelständen, deren Vorhandensein man nicht verkennen darf. Diese schuldtragenden Faktoren sind: die Verteidiger und die Schwurgerichte.

Klar und unzweideutig spricht diese Meinung der Präsident des Wiener Strafgerichtes Graf Lamezan in seinem dem Justizministerium überreichten Exposé aus, welches als eine Antwort auf den berufenen Erlaß gelten soll. Wir reproduzieren den wichtigsten Inhalt des Memorandums und entnehmen den Darstellungen des Wiener Präsidenten besonders die Stellen, die in den zunächst interessierten Kreisen einen ungeteilten Beifall gefunden haben. Im allgemeinen nimmt das Memorandum dem ministeriellen Erlasse gegenüber eine oppositionelle Stellung ein und unterzieht die Ausführungen des Justizministers einer abfälligen, ja sogar scharfen Kritik. Und so lesen wir: „ . . . Wenn ich des weitern betone, daß ich durch genaueste Auswahl der Einzelfälle nach bestem Ermessen dafür Sorge, daß jedem einzelnen unter ihnen nur die seiner Art, seiner Bildungshöhe und seiner Arbeitsfähigkeit angemessene Arbeit zu teil werde, so glaube ich, alles gethan zu haben, was in der geforderten Beziehung zu thun möglich ist und möchte nur noch bemerken, daß es sich wirklich nicht als sehr zweckmäßig empfiehlt, durch stets erneuerte allgemeine Weisungen solche Funktionäre in einer gewünschten Richtung erziehlich regeln zu wollen, da dadurch jeder einzelne, der sich bisher eines Verstoßes nicht bewußt war, einen unzutreffenden Tadel zu erfahren glaubt, und entweder in seiner Thätigkeit entmutigt oder auch beim besten Willen seiner selbst unsicher und schwankend wird, so daß ihm dadurch das Einhalten der richtigen Mitte zwischen den zu vermeidenden Extremen ganz unmöglich wird.“

Auf seine eigne Erfahrung und langjährige Praxis gestützt stellt Graf Lamezan den heutigen Verteidigern ein recht unvorteilhaftes Zeugnis aus und betont mit Nachdruck, daß die ideelle Auffassung des erhabenen Verteidigeramtes, die in frühern Zeiten vorherrschend war, nicht mehr vorhanden ist. Die Zeit des Aufschwunges unsres Barreau ist längst verstrichen und eine sichtbare Dekadenz ist eingetreten. Der Nachwuchs besitzt nicht mehr jenes maßvolle Wesen, und ist nicht mehr von diesem soliden und edlen Streben beseelt, welches die Verteidiger von früher kennzeichnete. Die Sucht nach lukrativen Geschäften und eine unwürdige Kon-

kurrenz haben das Ansehen des Verteidigeramtes untergraben, und es ist demnach kein Wunder, wenn der Richterstand diesen Anwälten gegenüber nicht mit Wohlwollen und wünschenswerter Zuvorkommenheit entgegentritt. Den heutigen Verteidigern widmet das Memorandum nachstehende Worte: „Die besten und angesehensten Namen aus der langen Liste des Advokatenstandes halten sich mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen dem Verteidigeramte ferne; den meisten ist die Strafprozeßordnung ganz fremd und trifft sie eine Verteidigung von Amts wegen, so übertragen sie die Funktion um geringes Honorar einem minder beschäftigten Kollegen, oder — wenn es sich um einen sogenannten „sensationellen Fall“ handelt — einem jener jüngern strebenden Herren, die sich mit größter Bereitwilligkeit ohne jedes Honorar zur Verfügung stellen.“ Die Folge davon ist, daß man hier in Wien immer wieder dieselben Herren aus dem großen Barreau thätig sieht. Es ist leicht zu erraten, welches Interesse diese Männer zu solch scheinbar uneigennützigem Verhalten bestimmt. Ihr Streben geht selbstverständlich nur dahin, sich um jeden Preis bemerkbar zu machen. Bringt dies der „sensationelle Fall“ nicht an sich zustande, so muß es die scharfe Haltung des Verteidigers, sei es gegen den öffentlichen Ankläger, sei es auch gegen den Vorsitzenden, wenn er seiner Disziplinargewalt Raum gibt. Solche Vorkommnisse schaffen ein „Renommee“ und machen den Mann zu einem gesuchten Verteidiger, wie etwa einem Arzte nach einer gelungenen Kur neue Klientel zufällt. Hat sich das nun durch einige Jahre fortgesetzt, so wird dem bezüglichen Advokaten zuletzt auch eine lukrative Praxis in Zivilsachen erblühen, und das Ziel, das er von allem Anfange an beharrlich und mit Opfern an Zeit und Mühe im Auge hatte, — ist erreicht! Die Erfahrung lehrt auch, daß alle diese meist so eifrigen Verteidiger von dem Augenblicke an, wo es ihnen gelungen ist, sich eine ergiebige Zivilpraxis zu schaffen, — von dem Schauplatze ihrer strafrechtlichen Thätigkeit verschwinden, um andern jüngern Kräften Platz zu machen, bei denen sich dasselbe Spiel wiederholt. Ich will auch gar nicht behaupten, daß ein solches Vorgehen in heutiger Zeit, wo der Sieg über die Konkurrenz im „Kampfe ums Dasein“ die einzige „Parole“ ist, verwerflich sei. Ich wollte nur andeuten, daß und warum die „objektive Rechtsfindung“ für den Verteidiger nur eine durchaus sekundäre Rolle spielt.“

Das Memorandum befaßt sich ferner mit der Institution der

Geschwornengerichte, für die Graf Lamezan nicht eben schwärmerisch gesinnt ist. Das Urteil, das der Wiener Präsident über das Volksgericht fällt, ist uns weder fremd noch neu. Es ist der Wiederhall dessen, was man seit gewisser Zeit in Österreich in den richterlichen Kreisen über den Wert des Laienelementes in der Rechtsprechung urteilt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß ein gewisser, wiewohl latenter, Gegensatz zwischen unsern Staatsrichtern und Laienrichtern thatsächlich besteht, der bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auch äußerlich zum Ausdruck kommt. Diese Gelegenheit benützt auch Graf Lamezan und äußert sich über die Wirksamkeit der Jury, insbesondere in ihrem Verhältnisse zu den Verteidigern folgenderweise: „In nicht geringem Maße wirkt bei alledem auch die Natur der Institution des Geschwornengerichtes mit, und zwar, wie ich es ohne Scheu ausspreche, nicht zum Besten der Sache. Den Geschwornen gegenüber kommt vor allem das, was man forensische Beredsamkeit zu nennen übereingekommen ist, ins Spiel. Ich will mich enthalten, diesen Gedanken hier in allen seinen Verzweigungen und Folgerungen auszuführen. Es genüge, wenn ich sage, daß man den „Richtern aus dem Volke“ niemals mit logischen Folgerungen und gedanklichen Argumenten so nahe kommt, verständlich und wirksam wird, als mit all den andern landläufigen Mitteln der Eloquenz, mit Pathos, mit Gefühlen, mit „Geist“ u. dgl., kurz im Wege der Überredung viel mehr als der Überzeugung. Ein „Erfolg“ vor den Geschwornen aber, d. h. eine Freisprechung dort, wo jeder Jurist eine Verurteilung erwartet hätte, ist für den sieghaften Verteidiger eine Stufe zum Ruhme und zu neuen Erfolgen. Allen diesen Einflüssen, die das Verhalten der Verteidigung in mannigfachster Weise bestimmen, steht der Vorsitzende mit seinen ziemlich beschränkten Machtmitteln gegenüber, die den Kern der Sache zumeist gar nicht tangieren.“ —

Wir übergehen andre Stellen der Denkschrift und führen nur jene an, die eine scharfe, ja sogar leidenschaftliche Polemik hervorgerufen haben. Inmitten der zahlreichen Stimmen der Tagespresse, die die Ausführungen der Denkschrift in einer abfälligen Weise kommentieren, citieren wir die Stimme eines der angesehensten unsrer Organe<sup>2)</sup>, die in einer objektiven und maßvollen Weise die Ansichten des Grafen Lamezan analysiert und zum Teile wider-

<sup>2)</sup> Siehe Neue freie Presse Nr. 10 566 vom 23. Januar 1894.



legt. Der Aufsatz, auf den wir uns berufen, nimmt keineswegs den Ausführungen des Memorandums gegenüber einen feindlichen Standpunkt ein, erkennt vielmehr die Richtigkeit einiger Ansichten und Bemerkungen rückhaltlos an, einige hingegen werden auf das richtige Maß zurückgeführt und andre wieder als irrig oder einseitig in Abrede gestellt. Diesen interessanten Erörterungen wollen wir einige jener Stellen entlehnen, welche hauptsächlich der Stellung unsrer Vorsitzenden und Verteidiger gewidmet sind.

„Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß die sichtlich Neigung mancher Vorsitzenden, im vorhinein die belastenden Momente mit ihrer Autorität zu unterstützen, die Wärme und der Nachdruck, um nicht zu sagen, die Energie, mit welcher sie dem Staatsanwalte zur Seite stehen, auf den Verteidigerplätzen einen erhöhten Widerstand hervorrufen, der dann je nach der Individualität des Anwalts mit größerer oder geringerer Selbstbeherrschung zum Ausdruck kommt. Und ist es denn ein bloßer Zufall, daß immer nur einzelne Vorsitzende zu Konflikten mit den Verteidigern gelangen, während bei andern, deren Tüchtigkeit und Festigkeit gleichfalls unbestritten ist, solche Zwischenfälle niemals vorkommen? Es muß ferner anerkannt werden, daß seit vielen Jahren eine große Zahl älterer Advokaten, die ihnen zugewiesenen Exofficio-Verteidigungen prinzipiell selbst durchführen, wenngleich diese Übernahme ihnen manche Schwierigkeiten und Störungen in ihrem Beruf verursacht, wie wir auch in einigen großen Prozessen der letzten Jahre wahrgenommen haben. Es wäre allerdings wünschenswert, daß diese löbliche Gepflogenheit noch stärker zum Durchbruche käme. Wenn aber Advokaten, deren Beruf im allgemeinen die Zivilpraxis ist, nicht mit Feuereifer danach streben, im Gerichtssaale zu plaidieren, so sind noch andre Gründe daran schuld, welche in dem interessanten Exposé des Herrn Präsidenten gleichfalls nicht enthalten sind. Sie sind nicht von der Besorgnis frei, daß ihnen trotz ihres gereistern und ruhigern Wesens Zusammenstöße widerfahren könnten, und sie sind durch ihre Stellung von einer größern Empfindlichkeit, welche sie in manchem äußerlich passiven Verhalten des Vorsitzenden eine nicht genügende Schätzung ihres Berufes erblicken läßt.“

In betreff der Wirksamkeit der Geschwornengerichte im allgemeinen in Oesterreich und speziell in Wien teilt der Verfasser die Ansichten des Grafen Saxejan nicht. Das minder günstige Urteil,

das der Präsident über die Thätigkeit der Jury fällt, wird von ihm als zu pessimistisch widerlegt, die Sprüche der Geschwornengerichte sind im großen und ganzen gerecht und unparteiisch, sie gleichen eben den Gegensatz zwischen dem toten geschriebenen Rechte und dem lebendigen Rechtsbewußtsein aus und sind aus dem Grunde wertvoll. Der Verfasser äußert sich nachstehends: „Wer dem Wirken der Jury in Wien mit Unbefangenheit und Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann der Auffassung, welche in diesen Worten zum Ausdruck kommt, durchaus nicht beistimmen. Das Schwurgericht in Wien hat vielmehr gerade in den letzten Jahren in seiner Rechtsprechung an Reife und Ernst immer mehr zugenommen. Wenn früher vielleicht glänzende Reden der Verteidiger oder aufstachelnde Plaidoyers der Staatsanwälte einen zu starken Einfluß auf die Jury übten, haben die Geschwornen jetzt sichtlich von den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt, und es ist oft überraschend, wie die Resultate des Beweisverfahrens allein auf sie eine Wirkung üben und die gelungensten forensischen Leistungen am Schlusse der Verhandlung ohne Eindruck auf sie bleiben. Die Verteidiger insbesondere haben viel seltener, als es etwa früher der Fall war, Gelegenheit sich zu rühmen, daß geniale Schlussreden ihren Klienten zum Siege verholfen haben, wenn nicht zugleich der Sachverhalt für sie sprach. Die Wahrheit freilich wird jederzeit einer eindringlichen Wirkung sicher sein. Auch ist es natürlich, daß die Geschwornen immer bei Würdigung der Beweismittel mit besonderer Vorsicht und Angstlichkeit vorgehen und daß sie auch den menschlichen Motiven einer That eine größere Bedeutung beimessen. Darin liegt aber auch der spezielle Beruf der Jury. Und mahnen nicht die Verurteilungen von Unschuldigen, welche die Gerichtsschronik aufweist, zur scrupulösesten Sorgfalt bei Fällung des Spruches für Geschworne, wie für gelehrte Richter? Ohne die statistischen Daten zu kennen, sind wir übrigens überzeugt, daß das Perzentteil der Freisprechungen im Schwurgerichtsverfahren gegenwärtig kleiner ist als früher. Die Unzufriedenheit, die in manchen richterlichen Kreisen über die Wirksamkeit der Jury herrschen mag, rührt nicht selten von dem vorübergehenden Unmute der Staatsanwälte her, weil ihren scharfsinnig konstruierten Anklagen von den Volksrichtern keine Folge gegeben werde, oder von der Verstimmung der Präsidenten, welche in ihren Resumés — sicherlich mit bester Überzeugung — den öffentlichen Ankläger erfolglos mit einer Fülle von Argumenten unterstützt haben.“



Das eben entworfene Bild wäre ein unvollständiges, wenn wir nicht der Denkschrift, die die Wiener Advokatenkammer in Erwiderung des Exposés des Leiters des Wiener Landesgerichtes dem Justizministerium überreicht hatte, Erwähnung thun. Leider sind wir nicht in der Lage, wenigstens in gedrängter Kürze die wichtigern Punkte des Memorandums anzuführen, wir beschränken uns daher auf Konstatierung der Thatfache, daß die Wiener Advokatenkammer tief gekränkt durch die Ausführungen der Denkschrift feierlichst dagegen Verwahrung einlegte und ihrerseits den schwerwiegenden Vorwurf geltend machte, daß die richterlichen Kreise dem Advokatenstande gegenüber im allgemeinen und den Verteidigern im besondern nicht mit Wohlwollen, vielmehr mit einer tendenziösen Voreingenommenheit und einem sichtlichen Streben nach Beeinträchtigung der Verteidigerrechte begegneten.

Das wären in gedrängter Kürze jene symptomatischen Erscheinungen, die in jüngster Zeit sichtbar wurden und mit denen wir uns zu beschäftigen haben werden. Die mehr als zwanzigjährige Dauer der Wirksamkeit unsrer Strafprozeßordnung gestattet uns, auf Grund der diesbezüglich gemachten Erfahrungen und Beobachtungen die vorerwähnten Beschwerden einer kritischen Umschau zu unterziehen.

Den Gegenstand unsrer Erörterungen bilden daher Betrachtungen über die Handhabung der Strafprozeßordnung in Österreich, wobei wir sowohl dem Gedankengange des citierten Justizministerialerlasses, als auch den daran sich anknüpfenden erwähnten Kundgebungen folgen wollen. Erst nach Lösung aller dieser Fragen wird man imstande sein, einerseits den angeführten Erlaß unparteiisch zu beurteilen, anderseits die Ausführungen der Tagespresse im richtigen Sinne zu kennzeichnen. Wir werden uns daher zu befassen haben mit:

- I. dem Vorverfahren;
- II. der Leitung der Strafverhandlungen;
- III. den Schwurgerichten und
- IV. der Verteidigung.

## II.

### Das Vorverfahren.

Nach der Strafprozeßordnung vom Jahre 1853 bildete die Voruntersuchung, wie man sie im Gegensatze zur Schlußverhand-

lung oder Hauptuntersuchung zu nennen pflegte, thatsächlich den wesentlichsten Bestandteil des ganzen Verfahrens. Die öffentliche Schlußverhandlung war ein Prachtbau, welchen das französische Recht ausgeführt hatte, um damit die Überreste des alten Inquisitionsprozesses zu verdecken. Sie war bloß eine öffentliche Wiederholung der Voruntersuchung, gewissermaßen eine lebendige Relation vor den urteilenden Richtern. Gleich den meisten der nach französischen Muster geschaffenen Gesetze war auch unser früherer Strafprozeß bei einer bloßen Transaktion mit den absoluten Forderungen der Reform des Strafverfahrens stehen geblieben. Die der Schlußverhandlung vorangehende obligatorische Spezialinquisition wurde unter dem Regime des frühern Prozeßrechtes so aufgefaßt, daß der Untersuchungsrichter in diesem Prozeßstadium mit dem größten Pedantismus vorgehen zu müssen glaubte, um dem Spruchkollegium, welches auf Grund des Aktenmaterials sein Urteil fällte, eine angeblich sichere Grundlage dazu zu schaffen. Dieses Streben nach Gründlichkeit und Genauigkeit war auch Ursache, daß die frühern Untersuchungen große Dimensionen erreichten und insolgedessen weit über das Maß des Notwendigen ausgebehnt wurden. Übrigens war auch die Fassung des § 60 der frühern St.P.O., welcher den Umfang und die Grenzen der Voruntersuchung bestimmte, zu allgemein gehalten. Der Schlußabsatz dieser Gesetzesstelle hat die Thätigkeit der untersuchenden Richter nicht genau begrenzt.

Die Praxis hat auch an diesem Standpunkte festgehalten. Die frühern Untersuchungsrichter faßten, um sich nicht dem Vorwurfe der Oberflächlichkeit auszusetzen, ihre Stellung so auf, daß sie in den Grenzen der Voruntersuchung sogar irrelevante Umstände zu erheben suchten, in die kleinsten Einzelheiten eingingen und verloren schließlich dadurch das richtige Maß, um jene für den Gegenstand der Strafsache erhebliche Thatfachen von den minder wichtigen unterscheiden zu können. Überhaupt wurde das richtige Verhältnis zwischen der Voruntersuchung und der Schlußverhandlung nicht eingehalten.

Diese Art des Untersuchens geriet bald in Mißkredit. Die Aufgabe der erkennenden Richter wurde erschwert, da man nicht so leicht das angehäuften, oft voluminöse Material zu bewältigen in der Lage war. Diese Übelstände mußten um so fühlbarer sein, wenn der Beschuldigte in der Untersuchungshaft verblieb.

Eine Remedur mußte dagegen geschaffen werden. Die Natur des Strafverfahrens verlangt es, daß jede Weitläufigkeit vermieden werde. Auch das psychische Moment darf nicht außer Acht gelassen werden. Das heutige Humanitätsgefühl sträubt sich dagegen, daß der Beschuldigte in qualvoller Unsicherheit über den Gang der ihn betreffenden Untersuchung durch längere Zeit verbleiben soll.

Die geltende Strafprozeßordnung hebt mit Nachdruck den präparatorischen und informierenden Charakter dieses Prozeßstadiums hervor. Neben der gesetzlichen Fixierung des Zwecks der Voruntersuchung dient zur Sicherung des vorbereitenden Charakters derselben eine Reihe von individuellen Bestimmungen, welche teils eine unnötige Verzögerung der Voruntersuchung verhindern sollen, teils dafür sorgen, daß die Mündlichkeit in der Hauptverhandlung nicht umgangen werde.

Der Motivenbericht sieht in diesen Bestimmungen einen der wichtigsten Vorzüge des geltenden Strafprozeßrechtes an. Dadurch wurde besondere Vorsorge gegen die allzugroße Ausdehnung der Voruntersuchung getroffen. Sie bezwecken die Vereinfachung der Voruntersuchung und sollen dazu beitragen, zwischen ihr und der Hauptverhandlung ein richtiges Verhältnis herzustellen, erstere nämlich auf das Unentbehrliche zu beschränken. „Die Voruntersuchung soll immer als eine solche, d. h. als bloße Vorbereitung der Hauptverhandlung angesehen werden, die Beweisaufnahme in der Voruntersuchung soll sich nur auf die Hauptpunkte beschränken, das Eingehen in die Einzelheiten soll aber der eigentlichen Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung vorbehalten werden“, — so lauten die Motive über den Umfang der Voruntersuchung<sup>3)</sup>.

Eine solche Fixierung der Stellung des Untersuchungsrichters bezweckte, den früher so tief empfundenen Verzögerungen und Weitläufigkeiten Einhalt zu thun. Dies war doch der Hauptfehler, den man unsern Inquisitoren zum Vorwurfe machte. Der Schwerpunkt wird demnach in die Hauptverhandlung verlegt, wo auch die eigentliche Inquisition durchgeführt werden sollte.

Leider wurde diese Tendenz des Gesetzgebers sowohl von unsern

<sup>3)</sup> An andrer Stelle (S. 18) heißt es: „Neben der Durchführung des Anklageprozesses erscheint die Verwirklichung der Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens als die unerlässlichste Voraussetzung jeder wahren Verbesserung desselben. Öffentlichkeit und Mündlichkeit aber sind bedingt durch die richtige Regelung des Verhältnisses der Voruntersuchung zur Hauptverhandlung.“

Untersuchungsrichtern, wie auch von unsern Staatsanwälten verkannt. Unfre Strafrichter werden nicht in Abrede stellen, daß die mit großer Feierlichkeit inscenirte Hauptverhandlung bloß die Reproduktion des bereits Verhandelten ist. Einen berechneten Beweis liefern die Verhandlungsprotokolle, in denen häufig Formeln, wie „der Zeuge bestätigt seine in der Voruntersuchung abgelegten Aussagen und dgl.“ vorkommen. Auch unfre Staatsanwälte werden nicht leugnen, daß sie bei Abfassung der Anklageschrift mit der Benützung vom Untersuchungsrichter gesammelten Materials äußerst umsichtig vorgehen müssen, weil sie darin viel Nebensächliches und für die Prozeßentscheidung Irrelevantes vorfinden. Manche Untersuchungsprotokolle sind gänzlich überflüssig. Worin liegt der Grund dieser unerquicklichen Praxis?

Verschiedenes hat dazu beigetragen. Unter den Nachklängen des frühern Kriminalprozesses hat sich bei uns thatsächlich ein gewisser *usus forensis* ausgebildet, der an dem Grundsatz festhält, daß eine möglichst weitgehende Ausdehnung der gerichtlichen Untersuchung die sicherste Grundlage zur Urteilsfällung ist. Besonders die in der Praxis des alten Rechtes herangebildeten Organe der Strafrechtspflege sind noch immer von der Meinung beherrscht, daß die materielle Wahrheit nur durch das wenigstens für das Vorverfahren beibehaltene inquisitorische Prinzip ergründet werden könne. Von diesem Geiste sind auch unfre jüngern Richter durchdrungen, die ins unendliche inquiren und glauben ihre Aufgabe erfüllt zu haben, wenn sie im Vorverfahren umfangreiche Aktenstöße niedergeschrieben haben.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Prozeßinstruktion dadurch zwar an Genauigkeit gewinnt, sie ist deshalb bedenklich, weil infolgedessen das Prinzip der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Erkenntnisverfahrens nicht zur vollen Geltung gelangt. Und wirklich haben uns die gewonnenen Erfahrungen belehrt, daß die erkennenden Richter meistens ihr Wissen und ihre Überzeugung nicht aus den Vorgängen der Verhandlung, sondern aus den Ergebnissen des vorbereitenden Verfahrens schöpfen. Es gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß der Verhandlungsleiter infolge der aus dem Aktenmateriale des Vorverfahrens sich herausgebildeten Voreingenommenheit auch das Beweisverfahren in dieser Richtung beeinflusst, oder wenigstens es ihm schwierig wird, hierbei den objektiven Standpunkt zu wahren.

Auch in anderer Richtung sind unsre Untersuchungsrichter nicht vorwurfsfrei.

Nach der Organisation des Strafprozesses auf Grundlage des Akkusationsprinzipes ist dem Staatsanwalt innerhalb des Strafverfahrens die Stellung einer Prozeßpartei zugewiesen. Den Zweck seiner Aufgabe strebt er durch Stellung entsprechender Anträge an, die der richterlichen Kognition unterliegen. Ein kontrollierender Einfluß auf den Gang der Voruntersuchung ist ihm gesetzlich nicht zuerkannt; formal ist er unter das Gericht untergeordnet.

In der Praxis jedoch haben unsre Organe der Staatsbehörde ein faktisches Übergewicht über die Untersuchungsrichter erlangt. Eine fast grenzenlose Gefügigkeit den Anträgen des öffentlichen Anklägers gegenüber, ein blindes Festhalten an allen seinen Andeutungen und Wünschen und das Streben ihm zu gefallen, — charakterisiert viele unsrer Untersuchungsrichter, die um so stärker ihre Abhängigkeit vor den Staatsanwälten empfinden, als sie hierarchisch meistens eine untergeordnetere Stellung einnehmen als jene.

Nun wollen unsre Staatsanwälte den vorbereitenden Charakter der Voruntersuchung nicht anerkennen und begnügen sich nicht mit den äußern Umrissen der zu erforschenden Begebenheit. Vielmehr verlangen sie, daß die Untersuchung genau und eingehend durchgeführt werde und daß jeder Punkt bis in das kleinste Detail klargelegt sei. Sie soll ein vollständiges und übersichtliches Material liefern, damit bei der Hauptverhandlung nicht etwas Neues unverhofft ans Licht trete; denn sonst erhebt man gegen den Untersuchungsrichter den Vorwurf, daß er die Untersuchung oberflächlich und lückenhaft betrieben habe. Sie ist erst dann vollständig, wenn der Untersuchungsrichter alle Möglichkeiten vorgeesehen, die entferntesten Umstände erörtert, jeden sogar scheinbaren Widerspruch durch wiederholte Einvernehmungen klargelegt, kurz, wenn der Staatsanwalt mit dem gesammelten Beweismaterial sich zufriedenstellt.

Zußer in seiner trefflichen Abhandlung „Über die Reformbedürftigkeit der heutigen Voruntersuchung“<sup>4)</sup> citiert einen praktischen Fall, der die Thätigkeit unsrer Untersuchungsorgane wahrheitsgetreu charakterisiert und zugleich ein beredtes Zeugnis der Raschheit unsrer Untersuchungen ausstellt. Das angeführte Beispiel ist drastisch genug und verdient wörtlich wiedergegeben zu werden:

<sup>4)</sup> Gerichtssaal 1892 S. 451.

„Auf einem Felde wird einem Arbeiter von dem Genossen ein Geldbetrag entwendet, worüber der Beschädigte sofort die Anzeige an die Gendarmerie erstattet, die zunächst ihn, die Zeugen und den Beschuldigten in der eingehendsten Weise verhört.

Die Gendarmerie erstattet die Anzeige an das Bezirksgericht, welches, ohne den Antrag des Staatsanwaltes abzuwarten, im Sinne des § 89 St.P.D. die „Vorerhebungen“ durchführt, wobei Beschädigter, Beschuldigter und Zeugen abermals — diesmal gerichtlich — einvernommen werden. Nun werden die bereits ziemlich ausführlich gewordenen Erhebungen an den Staatsanwalt übersendet (§ 89, 3. Abs.), der es für gut findet, den Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung bei dem Gerichtshofe zu stellen, infolgedessen erst der Untersuchungsrichter in Aktion tritt (§ 93 St.P.D.), der die Zeugen und den Beschuldigten nochmals teilweise selbst, teilweise im Wege der Requisition durch das bereits erwähnte Bezirksgericht einvernimmt, gegen den vorggerufenen Beschuldigten die Voruntersuchung formell einleitet, worauf erst die Untersuchung nach mehr als zweimonatlicher Dauer geschlossen werden kann, eine Untersuchung, die zwei Tage nach der Verübung der That, nachdem die Sicherheitsbehörde über erfolgte Anzeige des Beschädigten eingeschritten war, genau so spruchreif vorlag, als sie es nach mehrmonatlichen Mühen und Beschwerden und Verursachung namhafter Kosten für den Staatsschatz später wurde. In einem andern unter der Wirksamkeit des neuen Gesetzes abgeführten Kriminalprozeßes wurden dem Beschuldigten nicht weniger als 170 Fragen im Verhör gestellt, um eine Mordthat, die bereits vor der Polizeibehörde reumütig zugestanden worden war, aufs genaueste und eingehendste zu erheben und festzustellen.“

Diese Darstellungen wollen wir an der Hand des statistischen amtlichen Materials noch greller beleuchten. Den Berichten der österreichischen Centralkommission für das Jahr 1888 entnehmen wir folgende Daten:

Im Zemberger Oberlandesgerichtsprengel wurde auf 33 193 Straffachen das Vorverfahren erledigt:

in 20 052 Straffachen in	1	Monat
„ 10 003	„	1—3
„ 2 535	„	3—6
„ 530	„	6—12
„ 73	„	über 12



Im Kraßauer Sprengel auf 13 923 Strafangelegenheiten wurde das Vorverfahren beendet:

in	7167	Straffsachen	in	1	Monat
"	4691	"	"	1—3	"
"	1544	"	"	3—6	"
"	448	"	"	6—12	"
"	73	"	über	12	"
und überhaupt in Österreich im Jahre 1887					
68,6 pCt.	.	.	.	in	1 Monat
23,4	"	.	.	"	3 "
6,2	"	.	.	"	6 "
1,5	"	.	.	"	12 "

Im innigsten Zusammenhange mit der Dauer des Vorverfahrens bleibt auch die Dauer der tief in die Sphäre der individuellen Interessen eingreifenden Untersuchungshaft. Schon Waser, ohne Zweifel einer der scharfsinnigsten Beobachter unsrer Justizzustände, hat in seiner Abhandlung über die Untersuchungshaft<sup>5)</sup> hervorgehoben, daß die österreichische Praxis bezüglich der Verhängung und Fortdauer der Untersuchungshaft ungeachtet der Wandlungen in der Gesetzgebung nur in der Form, nicht aber in der Wesenheit sich geändert hat. Derselbe Geist, welcher in dieser Beziehung vor vierzig Jahren die Inquirenten beherrscht hat, leitet auch unsre derzeit fungierenden Untersuchungsrichter. Ihnen fehlt der Mut, zuweilen auch die Einsicht, vorzüglich aber die Anleitung und Überwachung, mit den eingewurzelten Traditionen zu brechen. Speziell die von dem subjektiven Ermessen des Untersuchungsrichters abhängige und aller greif- und meßbar objektiven Anhaltspunkte entbehrende Kollusionshaft bildet bei uns immer, niemoal nicht in der frühern Schroffheit, ein bequemes Prozeßmittel, aus welchem ein ergiebiger Gebrauch gemacht wird. Zwar kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die elastischen die Kollusionshaft betreffenden Bestimmungen unsrer Strafprozeßordnung der richterlichen Willkür einen zu weiten Spielraum gewähren und die Organe der Strafrechtspflege leicht auf Irrwege geraten können, wenn sie sich durch unbestimmte Vermutungen der möglichen Kollusionen leiten lassen, deshalb sind sie um so mehr verpflichtet, mit Einsicht und Gewissenhaftigkeit vorzugehen und nur in äußersten, durch das Inter-

<sup>5)</sup> Allgem. österr. Gerichts-Zeit. 1878 Nr. 29.

esse des Untersuchungszweckes gerechtfertigten Fällen diese Maßregel anzuwenden.

Von diesem Gesichtspunkte ging auch unsere oberste Justizverwaltung in ihrem Erlasse vom 25. November 1873 aus. In der an sämtliche Oberstaatsanwälte ergangenen Weisung wurde darauf Nachdruck gelegt, daß „das leider unvermeidliche Übel der Untersuchungshaft in keinem größern Umfange eintrete, als unbedingt notwendig ist“.

Leider fehlt diese Einsicht manchem unserer Untersuchungsrichter und manchen jüngern dienstfertigen Staatsanwälten. Überblickt man die statistischen Tabellen und die alljährlich sich mehrenden Zahlen der Haftfälle, so gelangt man unwillkürlich zum Schlusse, daß die Achtung vor der persönlichen Freiheit nicht fest genug eingewurzelt ist. Noch immer halten wir an der Anschauung fest, daß das Inhaftsetzen eine allgemeine Bürgerpflicht sei, der sich jeder Staatsbürger ohne Murren und unentgeltlich, solange es für zweckmäßig erachtet wird, zu unterwerfen habe.

Die Jahrbücher der statistischen Centralkommission geben in den allgemeinen Bemerkungen ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß „die Untersuchungshaft vielleicht häufiger verhängt wird, als dies die strengste Notwendigkeit erfordert“.

Unsre Betrachtungen finden einen beredten Beweis in statistischen Materialien. Aus den zahlreichen uns zu Gebote stehenden Daten entnehmen wir folgende:

Jahr	Anhängig gewesene Straf- fälle	Zahl der Haftfälle im Vorverfahren	Zahl der eingebrachten Anlage- schriften	Zahl der Fälle von Unter- suchungshaft auf je 100 An- lageschriften
1874	76 174	13 096	27 226	48
1875	66 085	14 727	26 445	56
1876	64 290	18 640	30 638	61
1877	66 321	22 229	32 123	69
1878	63 781	21 627	30 078	71
1879	61 562	21 103	29 232	72
1880	70 817	26 724	36 079	74
1883	69 802	26 838	37 820	71
1884	70 895	27 149	39 931	68
1885	72 221	28 611	41 532	78

Das ist das Ergebnis der richterlichen Thätigkeit unserer Untersuchungsorgane. Wir glauben daher berechtigt zu sein, unserer Über-

zeugung dahin Ausdruck zu geben, daß der Vorwurf, den man häufig gegen die in Österreich amtierenden Untersuchungsrichter erhebt, gewissermaßen begründet ist. Mehr Gewissenhaftigkeit, Einsicht, Takt und sorgfältige Individualisierung der Natur des konkreten Straffalles — wären imstande, manchen empfundenen Übelständen vorzubeugen. Erst dann werden unsre Untersuchungsorgane von der Verdächtigung frei, daß sie die persönliche Freiheit egoistischen Zwecken preisgeben und unter dem Deckmantel der angeblichen Fluchtgefahr, Kollusion von dem Angeschuldigten ein Geständnis zu erpressen suchen. Die berüchtigte französische Einrichtung der *mise au secret* — auch ein Mittel zur Erpressung der Geständnisse — wurde nicht nur von der Doktrin, sondern auch von der Praxis einstimmig verdammt. Die heutige Kollusionshaft, dem heutigen Stande der Freiheitsrechte und der vorgeschrittenen Strafrechtswissenschaft widersprechend, bezweckt auch dasselbe und gibt den Beschuldigten der nahezu grenzenlosen Gewalt des Inquirenten preis. Um so mehr obliegt es unsern Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern, bei Verhängung der Untersuchungshaft der hochherzigen Worte des großen sächsischen Rechtslehrers zu gedenken „*captura est torturae species*“.<sup>6)</sup>

(Fortsetzung folgt.)

---

<sup>6)</sup> Carpzov, *Practica rerum criminalium*. Quaestio CXI.